

Fehlgeleitete Energiepolitik gefährdet die Basisindustrie der Schweiz

Am Freitag, den 11. Oktober, hat Stahl Gerlafingen zum zweiten Mal seit dem Frühjahr Entlassungen angekündigt. Dies ist eine Folge der zunehmenden Wettbewerbsnachteile gegenüber ausländischen Konkurrenten, bedingt durch eine anhaltende Industriepolitik zugunsten der Energieversorger sowie fehlende Massnahmen in der Schweiz zur Sicherung der Standorte der energieintensiven Grundstoffindustrie.

Die schlechten Nachrichten aus der metallverarbeitenden Basisindustrie haben am Freitag einen weiteren Höhepunkt erreicht. Nach der Schliessung einer Produktionsstrasse im Frühjahr 2024 kündigt Stahl Gerlafingen die Entlassung von weiteren 120 Mitarbeitenden an. Die Familie Beltrame muss darüber hinaus mitteilen, dass mit jeder in Gerlafingen produzierten Tonne Stahl weiterhin Geld verloren geht. Laut Geschäftsbericht verzeichnete Stahl Gerlafingen im Jahr 2023 Verluste von über 100 Millionen Franken – eine Entwicklung, die sich augenscheinlich im laufenden Jahr fortgesetzt hat.

Als Recycling-Stahlwerk sichert Stahl Gerlafingen jährlich die Versorgung der Schweizer Bauindustrie mit rund 600'000 Tonnen Baustahl. Mit einem CO₂-Fussabdruck von 368 kg CO₂ pro Tonne ist das Werk derzeit das umweltfreundlichste Stahlwerk für Bewehrungsstahl und erfüllt zentrale Aufgaben in der Kreislaufwirtschaft. Trotz seiner 200-jährigen Tradition steht das Recyclingwerk in Gerlafingen, das einen bedeutenden Beitrag zur Kreislaufwirtschaft leistet, nun vor einer akuten Bedrohung.

Vertreter des Stahlwerks sowie der Branche haben wiederholt darauf hingewiesen, dass eine fortgesetzte Industriepolitik zugunsten der Energieversorger und auf Kosten der Grossverbraucher das industrielle Rückgrat der Schweizer Wirtschaft gefährdet. Der Bundesrat hat es bislang versäumt, Massnahmen vorzubereiten, die die Rahmenbedingungen für Produktionsstandorte der metallverarbeitenden Basisindustrie in der Schweiz sichern könnten. Stattdessen wurde lediglich darauf verwiesen, dass es in der Schweiz keine Industriepolitik geben wird.

Eine dringende Korrektur der verfehlten Industriepolitik zugunsten der Energieversorger ist erforderlich, statt diese weiter auszubauen. Überhöhte Netzzugangskosten, Netzabgaben und Entschädigungen für den Aufbau einer Reserve, die bei angemessenem Einbezug der Grossverbraucher nicht notwendig wären, sind nur eine Seite der Medaille. Ebenso schwerwiegend ist die Entscheidung, die Gewinne der Energieversorger, die zu Beginn des Ukrainekriegs auf Kosten der Grossverbraucher erzielt wurden, an die Kantone auszuschütten, anstatt sie in Sicherungsmassnahmen zu investieren. Die Industrie wird hier gleich doppelt belastet.

Die Auswirkungen entlang der eng verflochtenen Wertschöpfungsketten sind enorm. Eine Versorgung der Schweizer Bauwirtschaft mit weiteren 600'000 Tonnen Baustahl aus dem Ausland ist nicht realisierbar, da bereits heute die Transportkapazitäten fehlen. Zudem könnte die gleiche Menge an Stahlschrott nicht mehr in der Nähe der Anfallorte verarbeitet werden. Nicht nur die Mitarbeitenden im Stahlwerk wären von den Folgen betroffen; auch in Recyclingunternehmen, Biegereien und der Bauwirtschaft würde ein solches "Erdbeben" deutlich spürbar sein.

Auch hochprofitable Exportunternehmen hängen von diesen Versorgungsstrukturen ab, wie eine Meldung vom Freitag verdeutlicht: Stadler Rail musste für ebenfalls 120 Mitarbeitende Kurzarbeit beantragen, da die Versorgung mit Vormaterial aus dem Wallis seit den Unwettern im Juni ins Stocken geraten ist. Die Abhängigkeit von Stahl und Aluminium im Bau und in der Industrie ist enorm, und eine krisensichere Versorgung ist unerlässlich.

Nationalrätin Diana Gutjahr, Präsidentin von metal.suisse und selbst Stahlbauunternehmerin, betont, dass angesichts der Weigerung des Bundesrates, Massnahmen zur Sicherung der metallischen Werkstoffkreisläufe zu ergreifen, weitere Entlassungen in den Unternehmen bevorstehen. „Eine derart gravierende Verschlechterung der Rahmenbedingungen und Standortfaktoren, die unsere Produktionsstätten ausmachen, haben wir in den letzten 20 Jahren nicht erlebt. Es handelt sich um eine strukturelle und von der Politik hausgemachte Krise, die nun Unternehmen trifft, die bislang hochproduktiv in der Schweiz wirtschaften konnten.“

Sie weist zudem darauf hin, dass häufig Familienunternehmen, wie auch die Beltrame-Gruppe, betroffen sind, die ansonsten dafür bekannt sind, loyal zu ihren Mitarbeitenden zu stehen. „Dieser Stellenabbau betrifft alle Qualifikationsstufen. Die Schweiz verliert hier hochqualifizierte Industriearbeitsplätze, die nicht wiederhergestellt werden können.“ Das zögerliche Handeln des Bundesrates gefährdet dramatisch die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der gesamten metallischen Werkstoffkreisläufe.

Das Bekenntnis der Familie Beltrame zum Stahlwerk ist eindeutig. Nun liegt es am Bundesrat, schnell Lösungen zu finden und die Rahmenbedingungen für die energieintensive Basisindustrie zügig zu verbessern. Diese Massnahmen könnten wie folgt aussehen:

- Korrektur der Industriepolitik zugunsten der Energieversorger und sofortige Entlastung der energieintensiven Basisindustrien von Netzzuschlägen und Netzzugangskosten, bis wieder gleiche Wettbewerbsbedingungen mit der ausländischen Produktion hergestellt sind.
- Die öffentliche Beschaffung muss ihren Auftrag aus Artikel 10 des neuen Klimaschutzgesetzes umsetzen und nachhaltig Stahl aus der Schweiz beziehen. Die Anforderungen an die öffentliche Hand sind klar formuliert. Ohne den Recyclingstahl aus Gerlafingen käme es statt zu einer Verbesserung des Umweltschutzes zu einem deutlichen Rückschritt. Recyclingprodukte aus der Schweiz sind in diesem Zusammenhang die einzige sinnvolle Lösung.
- Die Bevorzugung einzelner Bauprodukte führt zu Marktverzerrungen und stellt eine teure Form der Industriepolitik dar. Der Bundesrat muss diese Massnahmen, wie z.B. das Waldgesetz, abschaffen bzw. reduzieren und gleiche Bedingungen für verschiedene Baumaterialien schaffen. Die Fokussierung auf ökologische Recyclingbaustoffe wäre im Sinne des revidierten Umweltschutzgesetzes.
- Entschädigung der Recyclingleistung des Stahlwerks, wie es auch in anderen europäischen Ländern üblich ist.

Der Dachverband metal.suisse fördert die Stahl-, Metall- und Fassadenbauweise in der Schweiz und setzt sich für den Materialkreislauf der metallischen Werkstoffe ein. Der Verband ist überzeugt mit seiner Bauweise und seinen Materialien einen zentralen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der Schweiz beitragen zu können. Recyclingmaterialien sind heute Standard. metal.suisse fördert Konzepte der Weiter- und Wiederverwendung von Gebäuden und Bauteilen und unterstützt deren Umsetzung.

Medienkontakt metal.suisse

Andreas Steffes
Viaduktstrasse 8
4051 Basel

info@metalsuisse.ch
www.metalsuisse.ch

+41 61 228 90 32
+41 76 426 34 01